



Presseinformation

11. Januar 2016

Pressestelle

Ministerium für
Inneres und Kommunales des
Landes Nordrhein-Westfalen

Telefon 0211 871 2300/2301
Telefax 0211 871 2500

pressestelle@mik.nrw.de
www.mik.nrw.de

Rede von Innenminister Ralf Jäger

anlässlich der Sonderinnenausschusssitzung

am 11. Januar 2016

in Düsseldorf

- Es gilt das gesprochene Wort. -



Anrede,

das Bild, das die Kölner Polizei in der Silvesternach abgegeben hat, ist nicht akzeptabel. Viele Bürgerinnen und Bürger haben Zweifel und sind verunsichert. Das ist nachvollziehbar. Das ist ein Zustand, den wir nicht hinnehmen. Denn unser Rechtsstaat lebt vom Vertrauen seiner Bürgerinnen und Bürger. Er muss dazu fähig sein, die Menschen zu schützen. Er muss glaubwürdig sein - aufrichtig, ehrlich. Die Menschen müssen davon überzeugt sein und es spüren, dass der Staat auf ihrer Seite steht. Dieses Vertrauen dürfen wir nicht auf's Spiel setzen. Wo es verloren gegangen ist, müssen wir es zurückgewinnen. Deshalb war meine Entscheidung, Wolfgang Albers in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen, notwendig.

Der erste Schritt ist jetzt eine selbstkritische, unbelastete, und vor allem transparente Aufarbeitung dessen, was in Köln und anderen Städten in der Silvesternacht geschehen ist. Wir als Staat sind in der Pflicht, zu liefern: Und zwar Antworten auf folgende 3 Fragen:

„Wer waren die Täter?“ „Was waren die Motive?“ „Wie konnte das passieren?“



Dabei darf es keine Tabus bei unbequemen Fragen oder politisch brisanten Antworten geben. Falsch verstandene „political correctness“ ist jetzt fehl am Platze. Auch unbequeme Wahrheiten gilt es klar anzusprechen - diese Aufrichtigkeit sind wir in erster Linie den Opfern, aber natürlich auch der gesamten Öffentlichkeit und auch den hier friedliche lebenden Flüchtlingen schuldig. Dafür liegt Ihnen heute ein Bericht meines Hauses vor, zusammen mit dem Bericht des Kölner Polizeipräsidiums.

Mehr als 1.000 arabische und nordafrikanische Männer haben sich am Silvesterabend im Bereich des Kölner Doms und des Hauptbahnhofs versammelt. Darunter auch viele Flüchtlinge, die erst in den letzten Monaten hier in Deutschland aufgenommen wurden. Aus dieser Menschenmenge heraus wurde randaliert, es wurden Schlägereien angezettelt und Straftaten begangen. Bereits vor der Räumung des Bahnhofsvorplatzes kam es vor dem Bahnhof und darin zu Straftaten, auch zu sexuellen Übergriffen gegen Frauen, ohne dass dies von der Kölner Polizei festgestellt wurde. Von etwa 21 Uhr am Silvesterabend bis in den Vormittag des Neujahrstages hatte die Kölner Polizei kein einheitliches Bild von der Lage.

Wegen fehlender Informationen und mangelhafter Kommunikation wurde die dringend benötigte Verstärkung für diese unerwartete Lageentwicklung nicht angefordert und die angebotene Verstärkung nicht abgerufen. Die beteiligten Stellen waren nicht auf dem gleichen Informationsstand. Die Kräfte vor Ort waren zu wenige, um den Straftätern Einhalt zu gebieten. Die Strafverfolgung ist schleppend angelaufen und die Informationspolitik über den Fortgang der Ermittlungen war unvollständig und zögerlich.

In dem vorliegenden Bericht meines Hauses bewerten wir das Einsatzgeschehen und die Ermittlungen offen und ehrlich. Dort, wo Fehler gesche-



hen sind, werden diese klar angesprochen. Dabei sind aus Sicht des Innenministeriums zwei Fehler besonders gravierend:

Zum einen die nicht erfolgte Anforderung von zusätzlichen Kräften während des Einsatzes. Eins steht fest: Diese Lage war im Vorfeld nicht vorhersehbar. Diese Einschätzung teile ich auch mit dem Bundesinnenminister. Die Kölner Polizei hätte aber auf die Entwicklung reagieren müssen und auf zusätzliche, in der Silvesternacht verfügbare Kräfte, zurückgreifen müssen. Und zum anderen die Art und Weise, wie die Öffentlichkeit seitens der Kölner Polizei über die Ermittlungen informiert wurde.

Aus meinem Haus gab es keine Anweisung an die Kölner Polizei, öffentlich die Herkunft oder den Status von Tatverdächtigen oder Störern zu verschweigen. Im Gegenteil: Zwar hat die Polizei Köln im Laufe der Woche versucht, diesen Sachverhalt darzustellen. Das ist in der öffentlichen Wahrnehmung offensichtlich nicht durchgedrungen. Deshalb hat mein Haus die Polizei Köln sogar nachdrücklich aufgefordert, diese Unklarheiten umgehend zu beseitigen und verständlich darüber zu informieren, was die Polizei über Störer und Tatverdächtige weiß. Dies beinhaltete ausdrücklich auch die Herkunft und die Frage, ob es sich um Flüchtlinge handelte. Mit dem Ihnen vorliegenden Bericht wollen wir heute diese wichtige Differenzierung erreichen.

Für die abscheulichen Taten, die in der Silvesternacht in Köln, Hamburg, Stuttgart und anderen Städten geschehen sind, wollen wir die feigen Täter am liebsten so schnell wie möglich zur Rechenschaft ziehen und hart bestrafen.



Doch Fakt ist: Die Ermittlungen bedeuten noch ein hartes Stück Arbeit. Sie laufen unter Hochdruck, die Vielzahl an potenziellen Tätern macht sie extrem aufwendig. Verdächtigungen und Spekulationen sind immer schnell ausgesprochen. Der Rechtsstaat ist aber in der Pflicht, jede einzelne Tat nachzuweisen. Der Rechtsstaat braucht in solchen Fällen Zeit. Wie viele Täter letztlich ermittelt werden können, wie viele Verurteilungen es geben wird, wird sich zeigen. Hier falsche Hoffnungen zu wecken, wäre unredlich - gerade gegenüber den Frauen, die Opfer dieser entfesselten Männerbanden wurden. Ich weiß, das ist für diese Menschen kaum zu ertragen.

Die 100-köpfige Ermittlungsgruppe der Kölner Polizei arbeitet eng mit der Staatsanwaltschaft zusammen. Unterstützung leisten Experten unseres LKA, die bei der Recherche in den sozialen Netzwerken helfen.

Im zweiten Schritt müssen die notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Wir müssen und wir werden alles tun, um zu verhindern, dass sich derartige Vorfälle wiederholen. Der Staat wird sein Gewaltmonopol verteidigen - auch gegenüber rechtsextremer Hetze und Bürgerwehren. Wir werden heute die Dinge beim Namen nennen. Wir wollen nichts beschönigen und nichts rechtfertigen.

Ich will kurz auf die Tatverdächtigen eingehen und das, was wir derzeit wissen, darstellen:

Sowohl die Zeugenaussagen als auch der Bericht der Polizei Köln sowie die Schilderungen der Bundespolizei deuten darauf hin, dass es fast ausschließlich Menschen mit Migrationshintergrund waren, die diese Straftaten begangen haben. Ebenfalls spricht vieles dafür, dass es Nordafrikaner wie auch Menschen aus dem arabischen Raum waren.



Das Bild, wie es sich uns heute zeigt, ist das einer stufenweisen Entwicklung, die die Lage im Laufe des Abends durchlaufen hat:

Nach dem Alkohol- und Drogenrausch kam der Gewaltrausch. Und es gipfelte in der Auslebung sexueller Allmachtsphantasien.

Dabei reden wir auf der einen Seite reden von der großen Masse an Störern, die randaliert und gepöbelt haben. Die Böller und Raketen aufeinander, auf friedliche Besucher und auf Polizeikräfte gezündet haben. Diese Gruppe bildete die Kulisse und verursachte das Chaos, in dem dann die Gewalttaten begangen wurden.

Auf der anderen Seite reden wir von den sexuellen Gewalttätern und Räubern, die sich aus der großen Masse gelöst haben, die Frauen in Gruppen eingekesselt und massiv bedrängt und attackiert haben. Diese Gruppen bestanden - so ist der aktuelle Stand der Ermittlungen - überwiegend aus Nordafrikanern, die aus unterschiedlichen Städten angereist sind. Die Ermittlungen sind nicht abgeschlossen. Wir reden momentan immer noch von Tatverdächtigen. Nach dem derzeitigen Stand der Ermittlungen sind unter den Verdächtigen auch Asylbewerber aus dem letzten Jahr.

Es wäre weltfremd zu glauben, dass alle Flüchtlinge und Asylsuchende, die NRW im letzten Jahr aufgenommen hat, Unschuldslämmer sind. Von den fast 330.000 Menschen, die im vergangenen Jahr in NRW angekommen sind, will sich die große Mehrzahl hier in unsere Gesellschaft einfügen, sich an Recht und Gesetz halten und die hier neu anfangen.

Bestimmte Gruppen jetzt pauschal abzustempeln, sie als Sexualstraftäter zu stigmatisieren, wäre nicht nur falsch, sondern auch gefährlich: Denn



genau das tun die rechten Menschenfänger, genau das sind ihre einzigen Argumente. Wer jetzt einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Zuwanderung als solche und Gewalt herstellt - der spielt den Rechtsextremisten in die Hände. Zuwanderung funktioniert dabei immer in beide Richtungen: Wir geben: bieten an, fördern, begleiten. Aber wir fordern auch ein.

Es geht um die Vermittlung und Akzeptanz von Werten. Wir müssen aber auch gleichzeitig klar machen, dass diese Werte nicht verhandelbar sind.

Wer diese Werte mit Füßen tritt - wer Recht und Gesetz missachtet und - wer den Rechtsstaat verhöhnt, muss die Konsequenzen deutlich am eigenen Leib spüren - ob das nun mithilfe des Strafrechts oder des Ausländerrechts geschieht.

Für uns steht fest: Wir dulden keine rechtsfreien Räume. Wir nehmen es nicht hin, dass Männer aggressive, perverse und gewalttätige Dominanz ungestraft ausleben. Auf welche Art und Weise auch immer. Nicht an Silvester, nicht an Karneval, nicht in der U-Bahn, nicht am Arbeitsplatz - nirgendwo!

Hier ist mir wichtig, eines zu betonen: Es ist völlig egal, ob diese Männer einen arabischen, einen afrikanischen oder deutschen Pass besitzen. Ob sie hier geboren, aufgewachsen oder gerade erst eingereist sind. Das spielt für die Strafverfolgung keine Rolle. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

In der Öffentlichkeit ist der Einsatz der Kölner Polizei deutlich und massiv kritisiert worden. Dort ist vom „Versagen“ die Rede. Ich bin davon über-



zeugt, dass die eingesetzten Beamtinnen und Beamten in dieser außergewöhnlichen und schwierigen Lage vollen Einsatz gezeigt haben und bis an die eigenen Grenzen gegangen sind. Viele wurden massiv angegangen, haben die Gewalt am eigenen Leib erfahren. Diese Frauen und Männer haben die Köpfe hingehalten - während des Einsatzes, und in den Tagen danach. Und dafür sage ich: danke!

Ich glaube, dass sich mittlerweile sowohl die Polizei in Köln als auch auf die Bundespolizei sehr wohl im Klaren darüber sind, dass sie die Lage letztlich nicht beherrschen konnten. Viele Beamtinnen und Beamten leiden selbst darunter, dass sie nicht alle Menschen beschützen konnten.

Die Fehler der Polizei in Köln gilt es aufzuarbeiten - das erwarte ich, und das erwarten auch die Bürgerinnen und Bürger. Und ich betone nochmal: Die Konsequenzen daraus werden wir ziehen. Jetzt geht es darum, das Vertrauen in den Staat zurückzugewinnen.

Dazu gehört es auch, die Zuwanderung als Ganzes zu betrachten - die Vorteile, die sie mit sich bringt zu betonen. Aber auch, Probleme, die entstehen, nicht unter den Teppich zu kehren. Wo viele Menschen unterschiedlicher Kulturen aufeinandertreffen, entstehen immer auch Probleme. Und es wandern auch nicht nur Ärzte, Ingenieure oder Wissenschaftler ein. Sondern auch Straftäter. Das ist bei einer solchen Vielzahl von Menschen völlig klar. Doch was jetzt gerade geschieht, ist, dass die eigentlichen Opfer der Übergriffe in der Silvesternacht in den Hintergrund treten. Und stattdessen instrumentalisiert werden für eine Generalkritik an der deutschen Flüchtlingspolitik.



Viele Menschen fühlen sich verunsichert, haben Angst und wissen nicht, wie sie sich jetzt verhalten sollen. Viele sind empört, wütend - und das völlig zu Recht. Wir setzen alles daran, damit diese Menschen Vertrauen in unser Handeln haben.

Es ist daher gut, dass das Parlament uns hier die Möglichkeit bietet, heute ausführlich und in Ruhe bis ins Detail alle offenen Fragen zu klären. Wenn sich Gerüchte, Vorurteile oder Zweifel in den Köpfen der Menschen verfestigen, sich Bahn brechen und von einer Mehrzahl als Wahrheiten akzeptiert werden - dann ist das ein Schaden, den wir kaum reparieren können. Deshalb müssen wir verhindern, dass es soweit kommt. Und deshalb ist Vertrauen so wichtig.

Die Öffentlichkeit hat das Recht, über alle weiteren Erkenntnisse im Bilde zu bleiben. Hier sind die Behörden in der Pflicht, die Menschen auf dem Laufenden zu halten. Vor allem aber brauchen wir Ergebnisse. Ich erwarte von allen beteiligten Behörden und der Justiz eine konsequente Strafverfolgung.

Aber am wichtigsten ist: Wir müssen verhindern, dass sich solche abscheulichen Taten wiederholen. Jede Polizeibehörde im Bundesgebiet wird aus den Erkenntnissen Schlüsse ziehen müssen. Alle Behörden in den Ländern sind gefordert, sich konzeptionell mit diesem neuen Phänomen auseinanderzusetzen.

Wir werden die Menschen davon überzeugen, dass auf den Rechtsstaat Verlass ist. Wir werden alles dafür tun, das Sicherheitsgefühl und das Vertrauen zurückzugewinnen. Mit Wort, aber vor allem mit Tat. Das ist meine Aufgabe.